

# INHALT 11/02

Verbandspolitik Aktuell	258
Übrigens ... Bonjour Marianne	259
Heilbäder in Europa: Traditionen und Visionen, Stellung und Bedeutung im künftigen europäischen Gesundheitswesen	260
Ehrenpräsident Dr. med. <i>Christoph Kirschner</i> , Bad Neuenahr-Ahrweiler	
Der Kommentar Zu Besuch beim Bundes- wirtschaftsminister	265
Über 1 000 Kurorte zwischen Atlantik und Schwarzem Meer: Die europäischen Bäderländer zwischen Tradition und Wellness	266
<i>Alois Gassner</i> , Kalletal	
Die Tourismuspolitik in der Europäischen Union	269
<i>Hans-Peter Herrmann</i> , Leipzig	
Die Kur von morgen: Wenn alter Wein zum Wellness-Getränk mutiert ... Neue Zukunft für die Prävention – und gute Perspektive für „Medical Wellness“	271
Politisches Streiflicht	275
PR-Information Mütter- und kinderspezifische medizinische Vorsorge und Rehabilitation Mutter-Kind-Kurhaus „Haidehof“ Kurort Gohrisch/Sächsische Schweiz	276
Deutsche Heilbäder und Kurorte im Internet – Dabei sein ist nicht alles!	278
<i>Karl Bodo Bock</i> und <i>Nils Wend</i> , Wilhelmshafen	
Essen und Trinken fürs Wohlbefinden	279
Ausschreibungen	281
Themen und Notizen	282
Vorankündigungen	282
Recht aktuell	283
Persönliches	285
Rezensionen	285
Impressum	286
Forschung aktuell: Den UV-Wirkungen auf der Spur	287

## Finger weg: Vorschaltgesetz darf Zuschusserhöhung der Krankenkassen bei Kuren nicht verhindern!

Konnten die Heilbäder und Kurorte im Sommer noch euphorisch über die positiven Gesetzesänderungen bei den ambulanten medizinischen Vorsorgeleistungen jubeln, so befürchten Insider jetzt nach dem neuen Kostenstopppgesetz die Gefahr eines bitteren Wermutstropfens im Kurantragscocktail der Krankenkassen. Der Deutsche Heilbäderverband und die Heilbäder und Kurorte fordern deshalb, dass im Zuge des neuerdings vorgegebenen Sparzwangs bei den Kurvorgaben auf keinen Fall die Aufhebung der Drei-Wochen-Kurdauer und des Vierjahresintervalls sowie die Erhöhung des täglichen Zuschusses von 8 auf 13 Euro auf der Strecke bleiben dürften. Dies wäre eine kurzsichtige und auf Dauer schädliche Praxis der Kassen, die sich, wie die bisherige Erfahrung gezeigt hat, durch eine weitere Reduzierung der Kurgäste und eine Verschlechterung derer Gesundheit rächen würde. Vielmehr sollten die Gesetzesvorgaben vom Sommer so gehandhabt werden wie bei der Mutter- bzw. Vater-Kind-Kur, die durch das Gesetz zu ihrer Vollfinanzierung voll abgesichert ist – also keine Abweichungen vornehmen!

Nach den Ausführungen der Bundesgesundheits- und Sozialministerin sind die Gesetze zur Beitragssatzsicherung in der Rentenversicherung notwendig geworden, um die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung zu stärken, das Beitragsniveau zu stabilisieren und als „Erste-Hilfe-Aktion“ Spielraum für notwendige strukturelle Veränderungen zu schaffen. „Alle tragen diese Maßnahmen mit, die Leistungserbringer, die Krankenkassen, die Versicherten und Rentner“, betont *Ulla Schmidt*. Und: Der früher beliebte Weg der Leistungskürzung und/oder Zuzahlungserhöhung werde nicht beschritten. Außerdem könne die bereits in der vergangenen Legislaturperiode eingeleitete grundlegende Umorientierung des Gesundheitswesens auf eine qualitätsorientierte medizinische Versorgung – z. B. durch die Einführung der Disease-Management-Programme, der Neuordnung des Strukturausgleichs, des Wohnortprinzips in Ostdeutschland, der Abrechnung nach Fallpauschalen im Krankenhausbereich und die Verbesserung der Arbeitszeiten in den Krankenhäusern weiter umgesetzt werden.

Und wieder unterstreicht die Politikerin, der Prävention gehöre die Zukunft im Gesundheitswesen. „Prävention ist die nachhaltig wirkende Antwort auf die demografische Entwicklung – gesund älter werden, heißt die Herausforderung für uns alle“, konstatiert sie. Dazu müssten staatliche und private Mittel sowie Teile der Präventionsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung zusammengeführt und stetig ausgebaut werden. „Prävention ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Und alle Präventionsvorschriften sollen in einem Präventionsgesetz zusammengeführt und fortentwickelt werden“, forderte die Gesundheitsexpertin erneut.

Zur Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme will die Ministerin eine Kommission einsetzen, die die langfristigen Finanzierungsgrundlagen der sozialen Sicherungssysteme an den vielfältigen Anforderungen des gesellschaftlichen und sozialen Wandels und des Wandels in der Arbeitswelt und in den Erwerbsbiografien orientiere. „Hinzu kommt, dass wir ein Europa wollen, in dem Freizügigkeit für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltagsleben gilt, auch bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Diese Freizügigkeit soll im Alltag spürbar und erfahrbar werden, ohne dass die Sicherung der nationalen Sozialversicherungssysteme in Frage gestellt wird“, meint *Ulla Schmidt*.

Einen Überblick, grundsätzliche Erwägungen sowie Meinungen und Zuständigkeiten aus Brüssel über das europäische Heilbäderwesen, dessen Zusammenwachsen und Problematiken versucht die vorliegende Ausgabe widerzuspiegeln. Es scheint noch ein weiter Weg zu gemeinsamen transparenten Nennern zwischen den beteiligten Nationen und deren Kur- und Badeorten zum allgemeinen Wohle der potenziellen Patienten zu sein ...

H.O.B.

### Fachinformationen für Fachabteilungen und Fachleute: Bitte geben Sie HEILBAD UND KURORT in Ihrem Hause weiter!

- |                                       |  |                                       |
|---------------------------------------|--|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Kurdirektion | <input type="checkbox"/> Sport- u. Bäderabt. | <input type="checkbox"/> Pflegedienst |
| <input type="checkbox"/> Verwaltung   | <input type="checkbox"/> Landschaftsbau      | <input type="checkbox"/> Haustechnik  |
| <input type="checkbox"/> Einkauf      | <input type="checkbox"/> Ärztliche Leitung   | <input type="checkbox"/>              |